

Der Angeklagte bringt alle in Verlegenheit

Prozess gegen Schlüsselfigur im Heilbronner Rathauskandal

HEILBRONN. 1996 hat er ein paar Wochen in Untersuchungshaft gesessen. Aber erst seit gestern steht ein 84-jähriger Rentner wegen Millionenbetrügereien zu Lasten der Stadt Heilbronn vor Gericht. Justiz und Angeklagter tun sich schwer mit dem Verfahren.

Von Wieland Schmid

Die 50 000 Mark Kaution, für die er im Juni 1996 nach zwei Monaten Untersuchungshaft freigelassen worden ist, hat ihm der Staat bis heute nicht zurückerstattet. Aber der 84-jährige ehemalige Handelsvertreter und heutige Rentner Eugen L. aus Düsseldorf hat gestern nicht über dieses Geld geredet, sondern über die angeblich ungerechte Behandlung durch die Justiz. „Was soll dieser Prozess nach so vielen Jahren?“ fragte der betagte Witwer empört die fünf Mitglieder der Ersten Großen Strafkammer des Heilbronner Landgerichts und beteuerte seine Unschuld. Die Richter gingen dennoch sanft mit ihm um. Denn zumindest die Juristen haben ganz offensichtlich ein schlechtes Gewissen.

Die Anklage, die der Staatsanwalt gestern verlas, war die gleiche wie vor zehn Jahren. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre sollen Eugen L. und sieben weitere Geschäftsleute aus dem Raum Düsseldorf die Stadt Heilbronn durch überhöhten Preise für Büroartikel sowie durch Scheinrechnungen um umgerechnet fast drei Millionen Euro geschädigt haben. Ein städtischer Sachbearbeiter bestellte unglaubliche Mengen und bezahlte schließlich auch für Waren, die gar nicht geliefert wurden. Weil er dafür mit rund 100 000 Euro geschmiert worden war, wurde der damals 54-jährige 1997 zu sechs Jahren Haft verurteilt, von denen er vier verbüßte.

Mit den übrigen Verdächtigen tat sich die Justiz wesentlich schwerer. Der damals 74-jährige Eugen L. galt zwar als Kopf der betrügerischen Büroartikelhändler, aber er wurde 1996 als verhandlungsunfähig eingestuft und lebt seitdem geruhsam daheim in Düsseldorf. Eine Geschäftsfrau aus Düsseldorf wurde 1997 zu 29 Monaten Haft verurteilt, ein Kaufmann aus Greven kam mit 20 Monaten Bewährungsstrafe und 30 000 Euro

Geldbuße davon. Erst vor drei Jahren befasste sich die Heilbronner Justiz wieder mit dem Fall und verurteilte zwei Kaufleute aus Düsseldorf zu 20 und 29 Monaten Haft. Ein Israeli, der mit 1,5 Millionen Euro Beute in sein Heimatland geflohen war, wurde 2002 bei der Einreise nach Deutschland erwischt, zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt und sofort wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst im März dieses Jahres folgte der Prozess gegen einen 56-jährigen Kaufmann aus Düsseldorf. Er kam wegen der überlangen Verfahrensdauer mit einem Jahr Gefängnis auf Bewährung davon. Eine 35-Jährige aus Düsseldorf wartet noch auf ihr Verfahren, weil das Heilbronner Landgericht erst dieses Jahr entdeckt hat, dass sie 1996 vor der falschen Strafkammer angeklagt worden ist.

„Ich verstehe nicht, wie ich in diesen Strudel hineinkomme“, klagte Eugen L. gestern angesichts der Anklage wegen 63 Fällen des gemeinschaftlichen Betrugs. An den Geschäften mit der Stadt Heilbronn kann der Auschwitz-Überlebende nichts Ehrenrühiges erkennen. Schließlich habe ihn der damalige Heilbronner Oberbürgermeister Manfred Weinmann persönlich an den „supernetten“ Sachbearbeiter verwiesen, und das, obwohl er auch dem Rathauschef klar gesagt habe, dass er für seine Büroartikel überhöhte Preise verlangen müsse. „Nach dem Krieg durften die Städte höhere Preise von Juden akzeptieren“, verteidigte sich Eugen L. gestern vor Gericht. „Die Unterstützung jüdischer Firmen war allgemein üblich.“

Sieben Verhandlungstage hat das Gericht für die späte Wahrheitsfindung kurz vor der Verjährungsfrist anberaumt. Aber schon jetzt steht fest, dass der betagte Angeklagte nicht nur die Justiz, sondern auch zahlreiche Verwalter öffentlicher Gelder in Verlegenheit bringt. Denn schon vor zehn Jahren hat die Staatsanwaltschaft Erstaunliches zutage gefördert. Allein in Baden-Württemberg soll etwa ein Dutzend Kommunen wesentlich bis zu zehnfach überhöhte Preise an Eugen L. und seine Komplizen gezahlt haben. Mindestens 100 andere Städte, Landkreise, Banken, Firmen und Organisationen in ganz Deutschland leisteten auf diese Art stillschweigend illegale „Wiedergutmachungen“ an die Gruppe jüdischer Büroartikelhändler.



Baden-Badens schönste Rose heißt Jet Set.

Foto dpa

Anklage rügt den Airbus-Direktor

COLMAR (Isr). Eine Unübersichtlichkeit der Instrumententafel ist nach Einschätzung der Staatsanwaltschaft mitverantwortlich für den Airbus-Absturz vor 14 Jahren bei Straßburg mit 87 Toten gewesen. Die Piloten der verunglückten A 320-Maschine seien durch die verwirrende Anordnung von Bedienungsschaltern zu einem fehlerhaften Manöver verleitet worden, sagte gestern beim Prozess in Colmar der Staatsanwalt Claude Palpacuer. Die Kritik der Anklage richtet sich vor allem an den früheren technischen Direktor des Flugzeugbauers Airbus, Bernard Ziegler (73), der damals für die Instrumentierung im Cockpit verantwortlich war.

Insgesamt müssen sich sechs Personen wegen fahrlässiger Tötung seit dem 2. Mai vor Gericht verantworten, frühere leitende Angestellte der Flugsicherung DGAC, der Fluggesellschaft Air Inter sowie ein Fluglotse. Ihnen drohen zwei Jahre Haft und 4500 Euro Geldstrafe. Die Air Inter-Maschine war am 20. Januar 1992 beim Landeanflug auf den Flughafen Straßburg-Entzheim zu tief geflogen und an einem Vogesenhügel zerschellt. Neun Menschen überlebten das Unglück.

Beispielhafte Baudenkmale gesucht

STUTTGART (epd). Der Denkmalschutzpreis Baden-Württemberg wird erneut ausgeschrieben. 25 000 Euro werden für private Denkmaleigentümer ausgelobt, die ihr Gebäude in den vergangenen drei Jahren erneuert und innen wie außen in seinem historisch gewachsenen Erscheinungsbild so weit wie möglich bewahrt haben, teilte der Schwäbische Heimatbund gestern dazu mit. Der 1978 als Peter-Haag-Preis erstmals vergebene Preis gilt nach Angaben des Heimatbundes als bedeutendste Ehrung für private Denkmaleigentümer im Land. Das Geld kann auf bis zu fünf Preisträger aufgeteilt werden. Die Preisträger sowie die Architekten und Restauratoren erhalten außerdem Urkunden und eine Bronzeplakette zum Anbringen am Gebäude. Über die Vergabe entscheidet eine Jury. Eineschluss für die Bewerbungsunterlagen ist der 10. August 2006.

Ausgeschrieben wird der Preis in diesem Jahr vom Schwäbischen Heimatbund, dem Landesverein Badische Heimat, der Denkmalstiftung Baden-Württemberg und von der Wüstenrot Stiftung in Ludwigsburg unterstützt. Die Schirmherrschaft hat Ministerpräsident Günther Oettinger übernommen.

Bauarbeiter stirbt bei Einbruch von Graben

SPAICHINGEN (Isr). Ein 39-jähriger Bauarbeiter ist am Montagabend in Spaichingen (Kreis Tuttlingen) in einem vier Meter tiefen Graben verschüttet und getötet worden. Der Bauarbeiter, der Ehefrau und drei Kinder hinterlässt, war mit einem Kollegen dabei, den Graben zuzuschütten, als dieser über ihm zusammenstürzte. Nach einer dramatischen Rettungsaktion konnte der Mann nur noch tot geborgen werden, wie die Polizei gestern mitteilte. Der Graben war zum Verlegen von Versorgungsleitungen ausgehoben und an den Seiten nicht abgestützt worden. Polizei und Feuerwehr, unterstützt von einem Baggerführer, gruben mit bloßen Händen und Spaten nach dem Verschütteten. Die Einsatzkräfte mussten das feuchte und schwere Erdreich vorsichtig wegräumen, um sich nicht selbst zu gefährden. Sie verloren jedoch den Wettlauf mit der Zeit. Nach etwa einer Stunde fanden sie den Mann tot.

IN KÜRZE

Im Kühlwagen eingesperrt

Eine halbe Stunde lang hat der Fahrer eines Kühlwagens aus Möckmühl (Kreis Heilbronn) bei minus 18 Grad in seinem Fahrzeug ausharren müssen. Wie die Polizei gestern mitteilte, war während des Entladens von Fisch in Memmingen die nur von außen zu öffnende Tür des Kühlwagens zufallen. Nachdem auf sein Klopfen niemand reagiert hatte, alarmierte er über Handy die Polizei, die ihn aus dem Eisgefängnis befreite.

5000 Saiblinge gestohlen

Unbekannte haben etwa 5000 Saiblinge im Wert von 6500 Euro aus einem Fischweier bei Lenzkirch (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) gestohlen. Die Täter hätten die Speisefische aus dem umzäunten Teich gefischt, teilte die Polizei gestern mit. An den verbliebenen Fischen identifizierte man rote Druckstellen, die beim Elektrofischen auftreten. Dabei werden Stromstöße in das Wasser geleitet, durch die die Tiere betäubt werden.

Fliegerbombe entdeckt

Eine Zehn-Zentner-Fliegerbombe aus dem Zweiten Weltkrieg ist gestern bei der Sanierung einer Straße in Titisee-Neustadt (Kreis Breisgau-Hochschwarzwald) entdeckt worden. Da die Bombe nicht mehr zündfähig war, wurde sie vom Kampfmittelbeseitigungsdienst ohne vorherige Entschärfung abtransportiert, teilte die Polizei mit.

Leerer Krankenwagen kippt um

Ein Krankenwagen ist gestern in Biberach wegen eines Fahrfehlers umgestürzt. Das Fahrzeug, das nicht zu einem Einsatz unterwegs war, sei in einer scharfen Kurve umgekippt und stark beschädigt worden, teilte die Polizei mit. Verletzt wurde niemand. Die Polizei bezifferte den Schaden auf rund 75 000 Euro. Patienten befanden sich nicht im Krankenwagen.

Bad Wildbad erhält Lehrerakademie

STUTTGART (akw). Die beiden Lehrerfortbildungsstätten in Calw und Donaueschingen (Schwarzwald-Baar-Kreis) werden aus Kostengründen an einem neuen Standort in Bad Wildbad (Kreis Calw) zusammengelegt. Dies hat gestern die Landesregierung beschlossen.

Der Sanierungsbedarf in beiden Akademien war hoch, alleine für Donaueschingen waren 7,7 Millionen Euro veranschlagt. Das Kultus- und das Finanzministerium hatten deshalb schon lange die Fusion beider Häuser forciert, doch im vergangenen Jahr hatte sich das Kabinett vor der Landtagswahl nicht zu einer Entscheidung durchringen wollen. Zumal der Donaueschinger OB Thorsten Frei und der Landtagsabgeordnete Franz Schumacher (beide CDU) um den Erhalt der einzigen staatlichen Fortbildungsstätte im südbadischen Raum kämpften. „Enttäuscht“ sei er, sagte Frei gestern, auch wenn sich diese Entscheidung abgezeichnet habe. Deshalb habe er bereits „intensive Gespräche“ mit der Landesregierung geführt. Die Bedeutung des Mittelzentrums Donaueschingen müsse gewahrt bleiben, sagte Frei.

Der Calwer Landtagsabgeordnete Thomas Blenke begrüßte die Entscheidung. „Für Bad Wildbad ist die Lehrerakademie von unschätzbarem Wert“, sagte er. Nach Umbauten kann der Fortbildungsbetrieb in der früheren Landesklub in Bad Wildbad zum Schuljahresbeginn 2007/2008 aufgenommen werden.

Zwei Tote wegen Aquaplaning

LEUTKIRCH (Isr). Ein 57-jähriger Autofahrer und seine 60-jährige Ehefrau sind bei einem Unfall am Montagabend auf der Autobahn 96 bei Leutkirch (Kreis Ravensburg) ums Leben gekommen. Der Mann war nach Angaben der Polizei von gestern mit seinem Sportwagen plötzlich in eine Regenwand geraten. Bei Aquaplaning kam das Auto nach rechts von der Straße ab. An einer Böschung überschlug es sich mehrfach. Nach Zeugenaussagen war der Wagen mit hoher Geschwindigkeit von Lindau in Richtung München unterwegs. Die zwei Insassen wurden in dem Wrack eingeklemmt und mussten von der Feuerwehr befreit werden. Beide waren so schwer verletzt, dass sie noch an der Unfallstelle starben. Den Sachschaden gab die Polizei mit 30 000 Euro an.

Natrium abgebrannt: Mann schwer verletzt

MALSCH (Isr). Ein 38-Jähriger hat sich am Montagabend in Malsch (Kreis Karlsruhe) bei dem Versuch, auf offener Straße reines Natrium abzubrennen, schwer verletzt. Zwei Polizisten erlitten Reizungen der Atemwege und Augen, wie die Polizei gestern mitteilte. Nach ersten Ermittlungen wollte der Mann, ein 38 Jahre alter Diplomingenieur, das Natrium in fester Form entsorgen. Hierbei sei es zu einer Explosion gekommen. Da das Natrium nicht mit Wasser in Berührung kommen darf, wurde es von Spezialisten der Feuerwehr in einen Stahlbehälter gesteckt und anschließend zu einer speziellen Entsorgungsfirma gebracht. Fünf Häuser waren während der Aktion vorübergehend evakuiert worden.

Stinkende Müllfabriken zwingen zum Export

EnBW muss Abfall aus acht baden-württembergischen Kreisen sogar in der Schweiz entsorgen

BUCHEN/HEILBRONN. Weil die Bevölkerung wegen anhaltenden Gestanks gemeutert hat, muss der EnBW-Konzern klein beigeben. Die beiden angeblich modernsten Abfallverarbeitungsanlagen im Land arbeiten vorerst nur noch auf Sparflamme.

Von Wieland Schmid

Viele empörte Kommunalpolitiker haben sogar die vorübergehende Schließung der beiden neuen Müllfabriken in Buchen (Neckar-Odenwald-Kreis) und Heilbronn gefordert. Aber das Stuttgarter Umweltministerium gewährte der Energie Baden-Württemberg (EnBW) einen Aufschub: Mit staatlicher Genehmigung darf der Konzern bis Jahresende rund 60 000 Tonnen Müll aus sieben Landkreisen und dem Stadtkreis Heilbronn nach Nordrhein-Westfalen und in die Schweiz exportieren, um seinen Technikern und der Bevölkerung Luft zu verschaffen.

Wie berichtet, sollen die vor einem Jahr eröffneten mechanisch-biologischen Abfallbeseitigungsanlagen Müll in geruchsneutra-

les Material verwandeln, um zwei Drittel schrumpfen und schließlich auf normalen Deponien vergraben. Aber es klappt nicht so, wie es sich die Erfinder vorgestellt haben. Die offensichtlich nicht ausgereifte Technik lässt sowohl in Buchen als auch in Heilbronn immer wieder gewaltige Gestankswolken über die Nachbarschaft ziehen. Deshalb haben nicht nur Buchens Stadträte die Aufsichtsbehörden aufgefodert, „gegen den Betreiber vorzugehen und ordnungsgemäße Zustände mittels Verwaltungszwang durchzusetzen“. Auch für Volker Blust, den Oberbürgermeister der Heilbronner Nachbarstadt Neckarsulm, ist der Gestank „nicht länger hinnehmbar“ und sollte, wenn nötig, sogar durch eine „vorübergehende Schließung“ der Anlage verhindert werden.

Die Regierungspräsidenten in Karlsruhe und Stuttgart haben jedoch mit der EnBW eine Lösung vereinbart, die zumindest bis Ende des Jahres gilt. Denn eine Schließung der Anlagen hätte einen Müllnotstand im nördlichen Teil Baden-Württembergs erzeugt. Immerhin soll Buchen jährlich rund 150 000 Tonnen Abfall aus den Landkreisen Ludwigsburg, Enz, Rottweil, Schwäbisch Hall und

Neckar-Odenwald beseitigen. Und Heilbronn ist verantwortlich für 80 000 Tonnen Müll pro Jahr aus den Landkreisen Heilbronn und Hohenlohe sowie dem Stadtkreis Heilbronn. Jetzt sollen in beiden Anlagen vorerst nur noch sieben Prozent dieser Mengen aufgenommen werden. Den Rest will die EnBW vorübergehend auf zehn bis zwölf Abfallbeseitigungsanlagen in anderen Bundesländern und in der Schweiz verteilen, so lange, bis die Technik in Buchen und Heilbronn einwandfrei funktioniert.

Dass der Konzern die Probleme nicht mehr auf die leichte Schulter nimmt, zeigen personelle Veränderungen an der Spitze der U-Plus Umweltservice AG. Die EnBW-Tochterfirma mit ihren 1500 Mitarbeitern ist baden-württembergischer Marktführer im Bereich der kommunalen Restabfallsorgung. Der bisherige Technikvorstand Franz Breitenbach, der auch für die Anlagen in Buchen und Heilbronn verantwortlich war, ist inzwischen ausgeschieden. Seine Aufgaben hat der Diplomingenieur Rainer Allmansdörfer (41) übernommen, der außerdem den Neubau der 110 Millionen Euro teuren Müllverbrennungsanlage in Stuttgart-Münster leitet.

Ihr Herz gehört den gequälten Boxern

Eine Frau in Bad Rappenau kümmert sich um vernachlässigte Hunde im In- und Ausland

Mit viel Engagement und Enthusiasmus kümmert sich Jacqueline Wunderlich seit Jahren um Not leidende Hunde. Vor allem die Boxer haben es der Frau aus Bad Rappenau angetan.

Von Matthias Marquart

Die Zeit im Winter 2005 wird Dag wohl nie vergessen. Wochenlang stand der Boxerrüde angekettet bei Wind und Wetter im Freien, im eiskalten Fließwasser eines Baches. Dag leidet unter offenen, entzündeten Wunden. Am linken Hinterlauf hat er einen Tumor in der Größe eines Tennisballs, und eine Arthrose quält ihn derart, dass er nicht mehr stehen kann. Seinen Besitzer, einen Alkoholiker, kümmert das wenig. Als jemand auf Dag aufmerksam wird und sich seiner annehmen will, weist er nicht einmal so viel Herz und Verstand auf, dass er das Tier freiwillig herausgibt. Dag muss ihm von den Behörden weggenommen werden.

Um Hunde wie Dag, vor allem um Boxer, kümmert sich Jacqueline Wunderlich schon seit Jahren. Die Frau in Bad Rappenau (Kreis Heilbronn) erklärt: „Vor dem Gesetz werden Tiere wie Sachen behandelt, stehen im Eigentum ihrer Herren. Einfach wegnehmen wäre also Diebstahl.“ So müsste man Tierquälern sogar noch dankbar sein, wenn sie einen Hund freiwillig herausgäben. Was die Tierärztin dann berichtet, ist nichts für schwache Nerven: Die 38-jährige erzählt von Tötungsanstalten in Spanien, so genannten Perreras, in denen Tiere auf ihr grausames Ende warten. „Dort werden Hunde vergast, lebendig verbrannt, vergiftet, erschlagen, oder man lässt sie einfach verhungern.“

Andere wiederum würden einfach an Bäumen aufgehängt. Wunderlich: „Wie nützlich die Tiere für ihre Besitzer waren, lässt sich an



Jacqueline Wunderlich mit Puca (links) und Jonny; insgesamt betreut die Tierliebhaberin derzeit sechs Hunde.

Foto Marquart

der Höhe ablesen, in der sie aufgehängt werden.“ Je höher, desto besser. „Gute“ Hunde dürfen schnell sterben. Andere, weniger erfolgreiche, müssen „Klavier spielen“, wie die Prozedur von den Einheimischen genannt wird. Dabei erreichen die Hinterbeine des Tieres gerade noch den Boden. Wie lange der aussichtslose Todeskampf des Hundes dann daure, hänge von seiner Kraft ab: manchmal Stunden, manchmal Tage.